

riums Jürgen Chrobog einen Höflichkeitsbesuch ab und nahm an einem Bankett teil, das der Botschafter der VR China in Deutschland, Ma Canrong, ihm zu Ehren gab.

Am 15. September informierte Edmund Ho den Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit Dr. Alfred Tacke über neueste Entwicklungen auf dem chinesischen Festland und in Macau und betonte erneut die Rolle Macaus als Sprungbrett für deutsche Unternehmen bei ihren Chinageschäften. Der Regierungschef besichtigte noch den Bundestag und das Reichstagsgebäude. Am Nachmittag fuhr die Delegation nach Leipzig weiter, wo die Industrie- und Handelskammer zu Leipzig in Auerbachskeller einen Empfang für die Delegation gab.

Am 16. September standen ein Arbeitsfrühstück mit Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee und die Besichtigung des Porsche-Werkes und der Leipziger Messe auf dem Programm. Das Besuchsprogramm wurde vom MaxicoM Euro-Asia Business Center in Leipzig organisiert. Edmund Ho erklärte, dass Macau und Leipzig zukünftig eine strategische Partnerschaft bilden könnten, da sie sich in vielen Bereichen ergänzen und in ihrer Region über weit reichendes Potenzial verfügten. Städtepartnerschaft könnte eine Option für die Bildung einer engen Partnerschaft sein. Leipzig mit seiner starken biochemischen und biotechnologischen Basis könnte nützlich für Macau und die erweiterte Region Perlfussdelta sein, da mehrere Provinzen in der Region über reiche Quellen an traditioneller chinesischer Medizin (TCM) verfügten und die Leipziger Technologie dazu beitragen könnte, dass TCM sich in eine international anerkannte Medizin entwickle. Macau könnte auch das Schaufenster in dieser Region für Umweltschutz-Technologie und fortschrittliche umweltfreundliche Industrie aus Leipzig sein. Edmund Ho sprach vor dem Bürgermeister eine Einladung für das Sinfonie-Orchester Leipzig und einen Knabenchor zur Teilnahme am Internationalen Musikfestival in Macau im nächsten Jahr aus. Nach Ansicht des Mitorganisators der Leipziger Messe Rudolf von Sandersleben ist Leipzig für Macau auch als Brücke zu den osteuropäischen Staaten interessant. Leipzig hofft auf Aussteller

für die Messe, und der Flughafen soll sich als Knotenpunkt für das Frachtgeschäft empfehlen.

Am 17. September traf Edmund Ho mit dem Leiter der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Stefan Grüttner, in Wiesbaden zusammen. Beide Seiten kamen überein, die Kooperation im Tourismusbereich zu stärken. In Frankfurt nahm die Delegation an einer Veranstaltung zur Wirtschaftsförderung „Business in Macau, take a look“ teil. Sie wurde gemeinsam vom Macau Trade and Investment Promotion Institute (IPIM) und der Industrie- und Handelskammer Frankfurt organisiert. In seiner Rede betonte Edmund Ho, dass die reibungslose Durchführung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ nach der Rückkehr zu China Ende 1999, das Abkommen zur Förderung des bilateralen Waren- und Dienstleistungsverkehrs (CEPA) und die breiten Geschäftsmöglichkeiten in der PPRD-Region Macau zu einem idealen Investitionsort für deutsche mittelständische Unternehmen und zum Sprungbrett zum chinesischen Markt gemacht hätten. Anschließend besichtigte der Regierungschef die Stadt. Freitag Nachmittag flog die Delegation von Frankfurt nach Macau zurück.

Edmund Ho nannte seinen Deutschlandbesuch erfolgreich. Er habe Macaus Rolle als Sprungbrett zum südchinesischen Markt gestärkt, wodurch Macau einen kleinen Beitrag zu den deutsch-chinesischen Beziehungen leisten könne. Das ermutigendste Ergebnis seiner Reise sei die Bereitschaft der Bundesregierung und vieler Bundesländer, ihre mittelständischen Unternehmen zu ermuntern, Macau als Drehscheibe für die PPRD-Region zu nutzen. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 9., 12., 13., 15.-17.9.04; SCMP, 22.9.04; www.china-botschaft.de, besucht am 13.10.04; *Leipziger Volkszeitung* Online, 15.9.04, www.lvz.de, besucht am 13.10.04) -ljk-

Taiwan

32 PFP strebt zur KMT ange-sichts schwindender Wähler-gunst

Die DPP-orientierte englische Tageszeitung *Taipei Times* durfte am 30. Oktober süffisant titeln: „Wachsende Kluft im blauen Lager bezüglich einer Verschmelzung PFP-KMT“. Tatsächlich wird die Lage zunehmend unübersichtlich. Die PFP, die sich erst vor vier Jahren aus abtrünnigen KMT-Mitgliedern – Gefolgsleuten des in Ungnade gefallen einstigen KMT-Generalsekretärs James Soong (Song Chuyu) – bildete, war für die letzte Präsidentschaftswahl im März 2004 als Juniorpartner ein Bündnis mit der KMT (Kuomintang, Nationale Volkspartei) eingegangen. Jetzt streben etliche namhafte PFP-Mitglieder an, die Partei in die einst allmächtige und immer noch äußerst wohlhabende KMT zurückzuführen, und auch die KMT steht dem Plan aufgeschlossen gegenüber. Manche möchten den Zusammenschluss noch vor den kommenden Parlamentswahlen bewirken, die auf den 11.12.2004 angesetzt wurden. (CNAT, nach BBC PF, 26.9.04). James Soong als PFP-Vorsitzender allerdings hat es nicht so eilig und ließ Ende September ein Zusammentreffen mit dem KMT-Führer Lien Chan (Lian Zhan), mit dem der Zusammenschluss besprochen werden sollte, platzen.

Wie es scheint, ist die PFP zerrissen zwischen den persönlichen Ambitionen eines James Soong, der unter dem mehrfachen Wahlverlierer Lien Chan oder dessen Nachfolger nicht die zweite – oder gar dritte – Geige in einer wiedervereinten KMT spielen will, und den PFP-Parlamentariern, die sich bei einer Kandidatur auf einer Einheitsliste mit der KMT bessere Chancen für eine Wiederwahl ausrechnen. Die Umfragewerte für die PFP sind nämlich inzwischen dramatisch gefallen. Ausgerechnet die eher KMT-orientierte, jedenfalls keiner Sympathien für die Regierungspartei DPP verdächtige chinesische Tageszeitung *China Times* berichtete, dass 42% von

1.509 befragten Bürgern mit der Arbeit der DPP zufrieden sind. An zweiter Stelle rangiert die KMT mit 33%, dicht gefolgt von der unabhängigkeitsorientierten TSU mit 31%, während die PFP mit 25% abgeschlagen auf dem vierten Platz landete. Berücksichtigt man, dass Mehrfachnennungen möglich waren, so ist dieses Ergebnis einigermaßen sensationell, schließlich erzielte die PFP bei den letzten Parlamentswahlen zweieinhalbmal so viele Stimmen wie die TSU. Hier kündigt sich womöglich eine starke Verschiebung der Stimmenanteile bei den nächsten Wahlen an.

Ein DPP-Parlamentarier führte den Ansehensverlust der PFP darauf zurück, dass sie sich hartnäckiger als die KMT weigerte, das Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom März des Jahres anzuerkennen. Diese Vermutung ist plausibel. Tatsächlich haben sich gerade PFP-Mitglieder bei den nachfolgenden Protesten seinerzeit äußerst unrühmlich hervorgetan. Auch die niedrigen Zustimmungswerte für die KMT dürften mit dem Unwillen der Oppositionsparteien zusammenhängen, ihre Wahlniederlage öffentlich einzugestehen, wie schon ältere Umfragen andeuteten. (Vgl. C.a., 2004/4, Ü 29) Die PFP gab zu, auch eigene Umfragen ließen einen Ansehensverlust der Partei erkennen.

Bei der besagten Umfrage der *China Times* wurde auch danach gefragt, welche Personen als Nachfolger der amtierenden Vorsitzenden von DPP und KMT gewünscht werden. Demnach liegt Su Tseng-chang (Su Zhen-chang), der Generalsekretär des Präsidenten, bei den Zustimmungswerten mit 23% vor Frank Hsieh (Xie Chang-ting), dem Bürgermeister des südtaiwanischen Kaohsiung (Gaoxiang), was die Nachfolge Chen Shui-bians beim Parteivorsitz der DPP angeht. Deutlich besser schnitt Taipeis Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) ab, den 37% der Befragten gern als nächsten KMT-Vorsitzenden hätten. An zweiter Stelle stand Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping) mit 22,8%, während der PFP-Chef James Soong als möglicher nächster Vorsitzender der KMT nur bei 5,8% der Befragten auf Zustimmung stieß. Dieser letzte, äußerst magere Wert unterstreicht einmal mehr, dass die goldenen Tage der PFP und ihres

Vorsitzenden wohl endgültig vorbei sind. Soong war in seiner Amtszeit als Provinzgouverneur von Taiwan sehr populär, aber damals kandidierte er noch für die KMT. Nachdem sich in der PFP vor allem solche ehemaligen KMT-Mitglieder um ihn scharten, denen die KMT in ihrer DPP-Gegnerschaft zu zahm war, machte die Partei eher durch Randalen als durch staatsmännisches und staatstragendes Verhalten Schlagzeilen. Sich als ernsthafte Alternative zur verkrusteten KMT zu profilieren, gelang ihr nicht und konnte wohl auch nicht gelingen, da die PFP selbst die mafiosen Verkrustungen aus der Ära der KMT-Herrschaft weiter mit sich schleppte. (TT, 21.9.04) Nachdem nun auch die zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkene, wiedervereinigungsorientierte New Party (NP) in den Schoß der alten Mutter KMT zurückkehren will – die KMT hat bereits NP-Mitglieder auf ihre Kandidatenliste für die nächsten Parlamentswahlen gesetzt – steht mit dem drohenden Ende der PFP eine weitere Veränderung in der taiwanischen Parteienlandschaft ins Haus. (CNAT, nach BBC PF, 8.9.04; TT, 23.9.04) Ob eine KMT nach dem Abschluss von PFP und NP allerdings mehr Wählerstimmen mobilisieren wird als die drei selbständigen Parteien bisher in der Summe, ist keineswegs ausgemacht. Viel wichtiger wird die Frage sein, wer die Nachfolge von Lien Chan antritt und ob es ihm gelingt, die KMT gründlich zu reformieren. Bis zu den Parlamentswahlen im Dezember bleibt einstweilen noch alles beim Alten – mit schlechten Aussichten für die Opposition und guten für die DPP und Präsident Chen Shui-bian. -hws-

33 Anhaltende Kontroverse um Rüstungsprogramm – steht ein Strategiewechsel an?

Nachdem die Regierung im Juni ein umfangreiches Rüstungsprogramm angekündigt hatte (vgl. C.a., 2004/6, Ü 31), hielten die Proteste von Rüstungsgegnern auch im September an. Nach wie vor ist ungewiss, ob die Regierung die Etatmittel für Waffenkäufe in den USA (610 Mrd. NT\$, rund 15 Mrd. Euro, verteilt auf 15 Jahre) vom Parlament genehmigt bekommen wird. Unterdessen denkt

die Regierung laut über eine neue Verteidigungsstrategie nach: Würde sich Taiwan nicht auf reine Defensivwaffen beschränken, sondern China glaubhaft mit Vergeltungsschlägen drohen können, ließe sich viel Geld sparen. Der Widerstand der USA gegen ein solches „Gleichgewicht des Schreckens“ wäre jedoch unüberwindbar.

Was eine mögliche Reduzierung der exorbitanten U-Boot-Beschaffungskosten angeht, strebte Taiwan bislang an, einige davon nach entsprechendem Technologietransfer mit amerikanischer Unterstützung in Taiwan selbst bauen zu lassen. Neue Rechnungen haben jedoch ergeben, dass das U-Boot-Budget nur dann gedrückt werden kann – und zwar um immerhin fast ein Viertel des 410 Mrd. NT\$ hohen Kaufpreises –, wenn alle Boote vollständig in den USA gebaut werden. Nachdem zunächst die unabhängigkeitsorientierte Taiwan Solidarity Union (TSU), die das Rüstungsprogramm unterstützt, einen solchen Vorschlag gemacht hatte, schloss sich dem Verteidigungsminister Lee Jye (Li Jie, Li Chieh) an. (CNAT, nach BBC PF, 12.9., 17.9.04)

Warnungen vor den Folgen des Rüstungsprogramms kamen außer von Rüstungsgegnern, die im September mehrere Konzerte und einen Protestmarsch veranstalteten, auch von regierungsfinanzierten Forschungsinstituten. Beispielsweise wiesen elf Mitglieder der renommierten Academia Sinica in einem offenen Brief auf die Gefahr einer Rüstungsspirale hin, die die Insel in das „schwarze Loch eines finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs“ führen könne. Der Partei- und Staatsführung in Beijing gehe es mehr darum, ihre Macht zu konsolidieren, und die Vereinigung mit Taiwan sei für sie eher ein „Traum von ferne“. Solange Taiwan nicht auf eine formale Unabhängigkeit zusteure, würde Beijing den Status quo auch weiterhin tolerieren. (CNAT, nach BBC EF, 3.9.04; ST, 21.9.04)

Gewichtiger als diese politisch gefährlich optimistische Sichtweise war eine Petition, die wenige Tage später über 150 pensionierte Generäle an die Öffentlichkeit brachten. Ihrer Überzeugung nach seien die Kaufpreise für die erstrebten Waffensysteme dreifach überhöht. Auch die Generäle warnten

vor einem Wettrüsten. Das Beschaffungsprogramm würde nur die Falken in Beijing bestätigen; wenn die Waffen Taiwan erreichten – beim letzten U-Boot erst in zehn Jahren –, seien sie jedoch bereits veraltet und verbreiteten daher nur eine trügerische Sicherheit. Das Geld solle besser im Lande selbst zur Stärkung der Infrastruktur und der heimischen Rüstungsindustrie ausgegeben werden. Im 21. Jahrhundert müsse man außerdem auf Verhandlungen statt auf Konfrontation setzen. (ST, 24.9.04; CNAT, nach BBC EF, 24.9.04)

Die Opposition verlangt, die beantragten Rüstungsgelder in die Erziehung und in Wohlfahrtsprogramme umzu- leiten. Ein PFP-Parlamentarier rechnete vor, mit dem beantragten Sonderbudget ließe sich 78 Jahre lang die Sozialhilfe für einkommensschwache Familien finanzieren.

Nach Jahren rückläufiger Verteidigungsaufwendungen sind erheblich größere Anstrengungen auf diesem Gebiet nach Auffassung aller internationaler Experten jedoch unvermeidbar, wenn Taiwan seine staatliche Eigenständigkeit nicht gefährden und sich nicht militärisch erpressbar machen will. Über die Frage, welche Waffen benötigt werden, wird in Taiwan gestritten, seit US-Präsident George Bush 2001 entsprechende Angebote machte. (Vgl. C.a., 2001/4, Ü 41) Zuvor hatte das Pentagon bereits dringlich eine Modernisierung der Ausrüstung angemahnt sowie andere teils gravierende Mängel im taiwanischen Militär beklagt. (Vgl. C.a., 2000/4, Ü 48) Die Entscheidung, mit einer Stärkung von Taiwans Landesverteidigung in der geplanten Weise Ernst zu machen, ist also nach langen Debatten unter Abwägung einer großen Zahl von Argumenten erfolgt. Dass das 610-Milliarden-Sonderprogramm, das zu einem erstmals wieder steigenden Verteidigungshaushalt hinzu kommen soll, die Staatsfinanzen belasten wird, steht außer Frage, allerdings relativiert sich die Höhe der Ausgaben angesichts der taiwanischen Überschüsse im Handel mit den USA: Hier machte Taiwan allein im Jahr 2003 ein Plus von 9,1 Mrd. US\$; zwei solche Jahresbilanzen summieren sich bereits auf den gesamten, auf 15 Jahre angelegten Sonderetat. Präsident Chen Shui-bian wies darauf hin, dass der reguläre Ver-

teidigungsetat lediglich bei 2,8% des Bruttoinlandsproduktes liegt und damit unter den entsprechenden Werten für Südkorea (3%), die USA (4%) oder Singapur (4,3%). Auch das Argument, die Importrüstung sei schon beim Eintreffen überaltert, vermag wenig zu überzeugen. Entscheidend ist die Frage, ob Taiwan seinen waffentechnischen Vorsprung vor China wahren bzw. wiederherstellen kann. Rüstung aus heutiger amerikanischer Produktion wird aber noch lange chinesischer Rüstungstechnik überlegen sein, auch wenn diese in manchen Bereichen – darunter U-Booten – nun aus Russland eingeführt wird. Zudem müssen gerade die U-Boote, die Taiwan erwerben will, völlig neu entwickelt werden, Taiwan wird hier also mit einiger Wahrscheinlichkeit modernstes Gerät erhalten. (TT, 25.9.04)

Die Argumente der Rüstungsgegner vermögen insgesamt nicht sonderlich zu überzeugen, sofern sie nicht ohnehin durch eine fast schon naive Gutgläubigkeit geprägt sind, wie sie sich kein verantwortlicher Politiker zu Eigen machen darf. Vielmehr zeigt sich hier ein kultureller Gegensatz: Die soldatischen Unterzeichner der Petition dürften, ihrem Alter und Beruf nach zu urteilen, sämtlich vom Festland stammen, der renommierteste der Academia-Sinica-Forscher, die zum offenen Brief beitragen, ist der Historiker Hsu Cho-yun (Xu Zhuoyun) der vor 74 Jahren ebenfalls auf dem Festland geboren wurde. Alle Genannten können als Exponenten des typischen Festländer-Milieus gelten: Sie haben unter der Kuomintang-Diktatur Karriere gemacht, sich ihre China-Identität bewahrt und lehnen jede Politik ab, die Taiwan weiter von Festlandchina abrücken lässt. Auch das so genannte Demokratische Aktionsbündnis, das sich im Protest gegen die letzte Präsidentenwahl zusammenfand und am 25. September eine Großkundgebung gegen die Rüstungsausgaben veranstaltete, besteht weitgehend aus Veteranen. (CNAT, nach BBC EF, 25.9.04)

Die Regierung steht allerdings, was die zukünftige Rüstungsbeschaffung und die Verteidigungspolitik angeht, unter großem Druck in der Öffentlichkeit und im Parlament. Schon in der Vergangenheit wurden immer wieder Stimmen laut, die forderten, Tai-

wan dürfe sich nicht auf reine Defensivwaffen beschränken, sondern müsse zu Gegenschlägen fähig sein, also beispielsweise gegen Shanghai gerichtete Mittelstreckenraketen besitzen. Die militärischen Vorteile einer solchen Strategie lägen auf der Hand, derlei ernsthaft anzustreben kam bisher allerdings einem Tabu gleich. Die USA würden ihre gesamte Chinapolitik torpedieren, wenn sie zuließen, dass Taiwan solche Waffen entwickelt, erprobt und aufstellt, und Taiwan müsste in Zukunft ohne amerikanische militärische Unterstützung auskommen. Nun hat allerdings ausgerechnet Premierminister Yu Shyi-kun (You Xikun) einen solchen Tabubruch begangen. Am 25. September, schickte er zunächst den Kabinettsprecher vor, der eine „Anpassung“ der Militärtaktik forderte und erklärte, reine Selbstverteidigungsmaßnahmen reichten nicht mehr aus, Taiwan brauche Abschreckung, also die Fähigkeit zum Gegenschlag. Solch ein System werde sich allerdings nicht gegen Ziele mit hohem Anteil an Zivilisten, sondern gegen militärische Ziele auf der anderen Seite richten. In Reaktion auf die erwähnte Protestdemonstration meldete sich dann aber Premier Yu selbst zu Wort: Das beste Szenario sei ein „Gleichgewicht des Schreckens“ nach dem Motto: „Greifst du Kaohsiung an, unternehme ich einen Gegenschlag gegen Shanghai“. (ST, 25.9.04; TT, 26.9.04) Erwartungsgemäß führte die Äußerung in den USA zu einer Verstimmung. Das Außenministerium in Washington reagierte jedoch einstweilen nur mit einer milden Rüge: Man wünsche sich konstruktivere Bemerkungen, die das Augenmerk statt auf Gewaltanwendung und einseitige Maßnahmen auf den Dialog richten. (TT, 29.9.04)

Offenbar besteht in Washington die Überzeugung, dass Taiwan derzeit keine konkreten Anstrengungen unternimmt, eine solche Abschreckungsstrategie zur Grundlage der weiteren Planung zu machen und durch Entwicklung entsprechender Waffen zu untermauern und umzusetzen. Die zukünftigen U-Boote werden eindeutig nicht mit See-zu-Boden-Raketen bestückt. (CNAT, nach BBC PF, 17.9.04) Allerdings meldete die *Straits Times*, Taiwan habe Geschosse mit einer Reichweite von bis zu 300 km er-

folgreich erprobt, sei also in der Lage, auch küstennahe Städte auf dem Festland zu treffen. Das Verteidigungsministerium lehnte es ab, die Meldung zu kommentieren. (ST, 27.9.04) Die öffentlichen Überlegungen des Premierministers belegen jedenfalls keinen bereits beschlossenen Strategiewechsel. Dem Vernehmen nach war Präsident Chen Shui-bian wenig ange-tan von den Äußerungen Yu Shyi-kuns. (ST, 28.9.04) Vermutlich handelte es sich eher um einen Versuchsballon, losgelassen in Richtung Washington. Allerdings droht bei solchen Aktionen ein chinapolitischer Kollateralschaden. Jede offizielle Äußerung, wonach Taiwan ein Gleichgewicht des Schreckens anstrebe, wird in Beijing als Grund gewertet werden zuzuschlagen, ehe es so weit kommt. -hws-

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.